

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Soziales, Jugend und
Gleichstellung

Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung

Geschäftsführung: Herr Peter Schmidt
Telefon: 06421 201-1505
E-Mail: peter.schmidt@marburg-stadt.de

:

Marburg, 09.01.2018

Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Gleichstellung (öffentlich)

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu einer **Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Gleichstellung (öffentlich)**
der Stadtverordnetenversammlung am

**Mittwoch, den 17.01.2018, 17:00 Uhr,
Sitzungssaal Hohe Kante, Barfüßerstraße 50, Eingang Hofstatt, 35037 Marburg**

lade ich Sie hiermit fristgerecht ein.

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 06.12.2017
- 3 Anträge der Fraktionen
 - 3.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen betr. Einigung zur Trennungsrechnung und Weiterentwicklung der mittelhessischen Universitätsmedizin
Vorlage: VO/5664/2017
 - 3.2 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Keine weiteren Abschiebungen nach Afghanistan und Pakistan
Vorlage: VO/6018/2017
 - 3.3 Antrag der FDP/MBL-Fraktion betr. Zukunft der ungenutzten Spielgeräte auf dem Gelände des ehemaligen "Camp Cappel"
Vorlage: VO/6020/2017

4 Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Roland Böhm

Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Gleichstellung (öffentlich) der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg

Sitzungstermin: Mittwoch, 06.12.2017
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:45 Uhr
Ort, Raum: Sitzungssaal Hohe Kante, Barfüßerstraße 50, Eingang Hofstatt, 35037 Marburg

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Herr Roland Böhm - Marburger Linke

reguläre Mitglieder

Frau Bettina Böttcher - SPD
Frau Alexandra Klusmann - SPD
Frau Erika Lotz-Halilovic - SPD
Herr Ulrich Severin - SPD
Herr Winfried Kissel - CDU
Herr Stephan Muth - CDU
Frau Runhild Piper - CDU
Frau Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen
Frau Madelaine Stahl - B90/Die Grünen
Frau Elisabeth Kula - Marburger Linke
Herr Dr. Hermann Uchtmann - FDP/MBL
Frau Gabriele Mensing - BfM

beratende Mitglieder

Herr Dr. Michael Weber - Piratenpartei

Magistrat

Oberbürgermeister Herr Dr. Thomas Spies
Stadträtin Frau Dinnebier

Verwaltung

Frau Meier, Frau Hühnlein, Frau Wolkau, Frau Mösbauer, Frau Lambrecht, Herr Schmidt (Protokoll)

Behindertenbeirat

Frau Mayer

Seniorenbeirat

Frau Dr. Jacobi, Frau Becker

Gäste

Frau Wellner (Presse), Frau Bauder-Wöhr, Herr Hannemann, Herr Rütter, Janouk Kirst, Jamuna Offermanns

Protokoll:

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Der Vorsitzende schlägt den Anwesenden vor, Vertreter Freier Träger der Eingliederungshilfe in Marburg und die Verwaltung für eine der nächsten Sitzungen einzuladen, um über den Sachstand Bundesteilhabegesetz - Eingliederungshilfe und die örtlichen Auswirkungen zu informieren.

Hierüber besteht Einvernehmen.

Gegen die vorgeschlagene Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 08.11.2017

Das Protokoll der vorhergehenden Sitzung wird in der vorliegenden Form genehmigt.

zu 3 Neuausschreibung Behindertenfahrdienst Vorlage: VO/5901/2017

Frau Hühnlein erläutert die Vorlage aus Sicht der Verwaltung und empfiehlt die Ausschreibung auf 4 Jahre, da dann, bei längerer Laufzeit, günstigere Konditionen aushandelbar sind.

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, die Vorlage anzunehmen.

zu 4 Antrag des Seniorenbeirats zur Erstellung eines Gesamtkonzepts zur Mobilität älterer Menschen und mobil eingeschränkter Personen in Marburg Vorlage: VO/5363/2017

Frau Becker erläutert die Vorlage für den Seniorenbeirat. Frau Dr. Jacobi vertieft die Ausführungen und veranschaulicht anhand verschiedener Beispiele.

Oberbürgermeister Dr. Spies spricht für den Magistrat.

Frau Wolkau erläutert in welchen anderen Städten Mobilitätsmaßnahmen ergriffen worden sind.

Die Vorlage wird im Ausschuss ausführlich diskutiert.

Auf Vorschlag von Herrn Severin, der auf eine Online-Studie des Instituts Sozial-Ökologische Forschung hinweist, wird im Protokoll festgehalten, dass ein Bericht bzw. eine Stellungnahme der Altenplanung bis Juni 2018 erarbeitet und dann in diesem Ausschuss beraten werden soll, worin die folgenden Aspekte berücksichtigt werden:

- Welche anderen Städte haben welche Maßnahmen umgesetzt ?
- Kann eine Kooperation mit der Philipps-Universität Marburg erfolgen?
- Gibt es Fördermittel?

Herr Kissel stellt folgenden Änderungsantrag: Aus dem Beschlussvorschlag soll das Wort "zügige" gestrichen werden.

Diesem Antrag wird mehrheitlich mit den Stimmen von SPD, CDU und BfM zugestimmt.

Der so geänderte Antrag wird einstimmig zur Annahme empfohlen.

zu 5 Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Spielplatz für ältere Kinder und Jugendliche
Vorlage: VO/5962/2017

Eine Vertreterin und ein Vertreter des KiJuPa, Jamuna Offermanns und Janouk Kirst, erläutern den Antrag.

Herr Severin regt an, dass erst einmal eine Bedarfsanalyse erstellt wird, um die Bedürfnisse älterer Kinder zu erfahren, da vorhandene Angebote, wie z.B. am Georg Gaßmann Stadion und auf Schulhöfen, als ausreichend erachtet werden.

Der Antrag wird ausführlich diskutiert und Fragen werden beantwortet. Herr Kissel schlägt vor, den Beschlussvorschlag in einen Prüfantrag umzuformulieren:

Der Magistrat wird gebeten, in enger Zusammenarbeit mit dem KiJuPa und der Stadtplanung die Schaffung eines Spielplatzes auch für ältere Kinder und Jugendliche zu prüfen.

Der so geänderte Antrag wird einstimmig angenommen.

zu 6 Anträge der Fraktionen

zu 6.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Möglichkeiten für eine selbstbestimmte Freizeitgestaltung von Jugendlichen
Vorlage: VO/5022/2016

Den Mitgliedern dieses Ausschusses stand vor Beratung dieses Tagesordnungspunktes ein Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 02.11.2017 zur Verfügung.

Frau Dr. Perabo erläutert zum Antrag und berichtet aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses und schlägt vor, analog dem Beschluss des Jugendhilfeausschusses zu verfahren.

Der Vorsitzende lässt sodann abstimmen.

Dieser Antrag wird einstimmig zur Annahme empfohlen.

zu 6.2 Antrag der Fraktion Marburger Linke betreffend "Stadtteilkonzept Richtsberg erstellen"
Vorlage: VO/5873/2017

Frau Kula spricht für die antragstellende Fraktion und erklärt, dass der letzte Absatz aus dem Beschlussvorschlag und die Passage mit der städtischen Sozialplanerin, Frau Meier, gestrichen werden.

Stadträtin Frau Dinnebier erläutert aus Sicht des Magistrats.

Der Antrag und die Fragestellungen eines städtischen Gesamtkonzepts versus eines Stadtteilkonzepts werden ausführlich und kontrovers diskutiert.

Frau **Dr. Perabo** schlägt folgende **Änderung** des Antrags vor:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Marburg (StVV) beauftragt den Magistrat, eine Stadtteilanalyse für den Richtsberg zu erstellen. Hierin sollen berücksichtigt werden Soziales, Infrastruktur, ÖPNV, Gesundheit, Umwelt, Lärmemission, Luftqualität etc., da nach dem Wegfall der Sozialen Stadt der Stadtteil Richtsberg ein Sonderfall ist.

Herr **Severin** und Herr **Kissel** schlagen die folgende **Änderung** des Antrags vor:

Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, bei der Erstellung eines Gesamtkonzepts für die Stadtentwicklung die Beschlüsse des Ortsbeirats Richtsberg vom 21.09.2017 und vom 23.11.2017 entsprechend zu berücksichtigen.

Der Vorsitzende lässt daraufhin über den geänderten Ausgangsantrag abstimmen:

Der geänderte Ausgangsantrag wird mehrheitlich mit den Stimmen von SPD, CDU und BfM gegen die Stimmen von Marburger Linke, B90/Die Grünen und FDP abgelehnt.

Der Vorsitzende lässt dann über den Änderungsvorschlag von Frau Dr. Perabo abstimmen:

Dieser Änderungsvorschlag wird mehrheitlich mit 3 Stimmen der SPD, den Stimmen von CDU und BfM gegen die Stimmen der Marburger Linke und B90/Die Grünen bei Enthaltung 1 Stimme der SPD und Enthaltung der FDP/MBL abgelehnt.

Der Vorsitzende lässt abschließend über den Änderungsvorschlag von Herrn Severin und Herrn Kissel abstimmen:

Der so geänderte Antrag wird mehrheitlich mit den Stimmen von SPD, CDU und BfM gegen die Stimmen von Marburger Linke und FDP/MBL bei Enthaltung von B90/Die Grünen angenommen.

Die Fraktion Marburger Linke meldet die Aussprache an.

zu 7 Verschiedenes

Auf Nachfrage von Frau Dr. Perabo wird der beschlossene Berichtsantrag (Protokoll der Sitzung vom 08.11.2017 TOP 6) voraussichtlich für die Januar 2018 Sitzung angekündigt.

Auf weitere Nachfrage von Frau Dr. Perabo gibt Stadträtin Frau Dinnebier zur Auskunft, dass der Kinderbetreuungsbericht voraussichtlich im Januar oder Februar 2018 in diesen Ausschuss gegeben wird.

Marburg, 08.01.2018

Roland Böhm
Vorsitzender

Herr Peter Schmidt
Protokoll

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: VO/5664/2017
	Status: öffentlich
	Datum: 16.06.2017
Antragstellende Fraktion/en: B90/Die Grünen	

Beratungsfolge:		
Gremium	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung	Öffentlich
Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen betr. Einigung zur Trennungsrechnung und Weiterentwicklung der mittelhessischen Universitätsmedizin

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass die Privatisierung des Universitätsklinikums Gießen-Marburg ein Fehler war und ist. Dementsprechend wurde deutschlandweit kein weiteres Universitätsklinikum in Deutschland privatisiert. Die Privatisierung ist mittlerweile elf Jahre realisiert. Es gilt verantwortlich im Status Quo zu handeln und das Uniklinikum Gießen-Marburg im Sinne der Patienten, der Beschäftigten und des Standorts zukunftsfähig aufzustellen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt, dass mit der neue Vereinbarung des Landes, die Rechtsunsicherheit für die Universität Marburg und der Universität Gießen bezüglich der Trennungsrechnung beendet wurde. Die Mehrforderungen von Rhön in der Höhe von 25 Millionen und die rückwirkende Abgeltung waren völlig überzogen und hätten eine enorme Belastung für unsere Universität bedeutet. Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt, dass diese Summe deutlich herunter gehandelt wurde und die jährliche Erhöhung nicht von den Universitäten, sondern von der Landesregierung übernommen wird.
3. Die Stadtverordnetenversammlung hat sich immer wieder dafür eingesetzt, dass die jahrelange Blockade des vom Land zugesprochenen Investitionskostenzuschuss aufgelöst wird. Sie kritisiert die Rhön AG für die Verweigerungshaltung, die vereinbarte Besetzung der Aufsichtsratsitze durch das Land umzusetzen, und damit diese Blockade verantwortete. Die

Stadtverordnetenversammlung hält weiterhin den Einfluss des Landes durch die Aufsichtsratssitze für geboten und betrachtet die andauernde Blockadehaltung der Rhön AG als einen Fehler für alle Beteiligten. Gleichzeitig ist es gut, dass durch die Neuverhandlung der Trennungsrechnung und durch einmaligen Investitionszuschuss von Seiten des Landes nun dringend notwendige Investitionen zum Wohle der Patienten im Klinikum angegangen werden können.

4. Die Stadtverordnetenversammlung hat sich stets für eine Verbesserung der Situation der Beschäftigten am Universitätsklinikum eingesetzt. Zu Gunsten aller Beschäftigten wurde ein Verbot von betriebsbedingten Beendigungs- und Änderungskündigungen, eine Übernahmegarantie für alle Auszubildenden, die ihre Ausbildung mit 3,0 oder besser abschließen, und ein Verbot der Ausgliederung von Betriebsteilen zugesagt. Dies ist ein wichtiger Schritt für mehr Sicherheit der Beschäftigten.
5. Die Stadtverordnetenversammlung hat sich mehrfach besorgt um die Sicherung und Zukunftsfähigkeit des Standort Marburgs beim Uniklinikum Gießen-Marburg gezeigt. Neben dem realisierten und erfolgreich arbeitenden Partikeltherapiezentrum sind nun endlich die dringend benötigten Sanierungen und Modernisierungen der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, der Psychiatrie, der Zentral-OP und der Intensivstationen im 1. Bauabschnitt in Aussicht. Insgesamt hat sich die Rhön AG und das UKGM zu 100 Millionen Gesamtinvestition bis 2021 verpflichtet.

Begründung:

In vielen Resolutionen und Anträgen hat die Stadtverordnetenversammlung die Entwicklungen am Uniklinikum Gießen-Marburg zum Wohle der Region, der Beschäftigten und der Patienten, als auch das Verhältnis zwischen Krankenversorgung zwischen Forschung und Lehre thematisiert. So beschloss die Stadtverordnetenversammlung am 28.09.2012 einstimmig folgenden Antrag:

„Das Universitätsklinikum Gießen-Marburg (UKGM) muss erhalten und ausgebaut werden. Die hohe Qualität der regionalen und überregionalen Patientenversorgung muss ebenso sichergestellt bleiben, wie die davon nicht zu trennende national und international hoch anerkannte medizinische Forschung und Lehre in den beiden medizinischen Fachbereichen in Gießen und Marburg.

Die Stadtverordnetenversammlung Marburg fordert in Absprache mit der Stadtverordnetenversammlung Gießen und den Kreistagen der Landkreise Marburg-Biedenkopf und Gießen gemeinsam die Landesregierung auf, sich für die Stärkung der mittelhessischen Universitäten mit ganzer Kraft einzusetzen. Es geht insbesondere um den Erhalt des Universitätsklinikums Gießen/Marburg und den Erhalt der beiden medizinischen Fachbereiche mit allen Forschungsschwerpunkten und medizinischen Studienplätzen in Marburg und Gießen. Die dafür erforderlichen und geeigneten Maßnahmen soll die Landesregierung angesichts der derzeitigen Situation großer Verunsicherungen dringend in die Wege leiten. Über die einzelnen Schritte, wie dieses Ziel erreicht werden kann, soll die Landesregierung die

Öffentlichkeit und vor allem die betroffenen Städte und die Landkreise Gießen und Marburg-Biedenkopf umfänglich und zeitnah informieren.“

Mit dem „Zukunftspapier für die Weiterentwicklung der mittelhessischen Universitätsmedizin“ zwischen dem Land Hessen, der Rhön-Klinikum-AG (RKA), des Universitätsklinikum Gießen und Marburg GmbH (UKGM) und den beiden Universitäten wurde ein Konzept zur Weiterentwicklung der mittelhessischen Universitätsmedizin erarbeitet, in dem ebenfalls die seit acht bzw. neun Jahren offenen Fragen der sogenannten Trennungsrechnung gelöst werden.

Damit wurde ein wichtiger Schritt zur Sicherung von Forschung und Lehre an den universitären Fachbereichen, zur Sicherstellung der Qualität der regionalen und überregionalen Patientenversorgung und zur Weiterentwicklung der beiden Kliniken des UKGM gemacht, so wie es die Stadtverordnetenversammlung mehrfach eingefordert hat.

Angela Dorn-Rancke

Hans-Werner Seitz

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: VO/6018/2017
	Status: öffentlich
	Datum: 13.12.2017
Antragstellende Fraktion/en: Marburger Linke	

Beratungsfolge:		
Gremium	Zuständigkeit	Sitzung ist
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung	Vorberatung	Öffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Keine weiteren Abschiebungen nach Afghanistan und Pakistan

Beschlussvorschlag:

1. Die Marburger Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, keine weiteren Abschiebungen nach Afghanistan und Pakistan durchzuführen. Es ist grausam, Menschen, die vor Krieg und Elend geflüchtet sind und sich hier ein neues Leben und einen neuen Beruf aufbauen, wieder in eine existenzbedrohende Situation zurück zu schicken.
2. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, seine Handlungsspielräume zu nutzen, um Abschiebungen zu verhindern.
3. Die Stadtverordnetenversammlung kritisiert insbesondere die Praxis, dass Termine in der Ausländerbehörde dazu genutzt werden, Menschen direkt abzuschieben.

Begründung:

Am 1. Dezember wurde wieder vom Frankfurter Flughafen aus eine Massenabschiebung von Menschen nach Afghanistan vorgenommen, die zum Teil schon Jahre in der Bundesrepublik leben. Am 6. Dezember wurde bekannt, dass ein Pakistani, der in seiner Heimat verfolgt wurde und seit Jahren in der Region lebt und eine Ausbildung macht, nach einem Beratungsgespräch abgeschoben wurde. Die geschilderten Umstände sind unmenschlich und entwürdigend. Menschen, die sich hier eine neue Existenz aufbauen, werden so in lebensbedrohliche Situationen geworfen. Dies sind zwei aktuelle Beispiele. Die Stadtverordnetenversammlung kann dem nicht wort- und tatenlos zusehen.

Renate Bastian
Henning Köster-Sollwedel

Roland Böhm
Elisabeth Kula

Tanja Bauder-Wöhr
Inge Sturm

Jan Schalauske Jonathan Schwarz

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.:	VO/6020/2017
	Status:	öffentlich
	Datum:	14.12.2017
Antragstellende Fraktion/en: FDP/MBL		

Beratungsfolge:		
Gremium	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der FDP/MBL-Fraktion betr. Zukunft der ungenutzten Spielgeräte auf dem Gelände des ehemaligen "Camp Cappel"

Beschlussvorschlag:

Die StVV möge beschließen:

Der Magistrat möge mit dem Land Hessen über eine weitere Verwendung der Spielgeräte auf dem Gelände der ehemaligen Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung, Außenstelle Cappel verhandeln. Ziel soll eine Weiternutzung der Spielgeräte auf öffentlichen Marburger Spielplätzen und/oder Außenbereichen von Marburger Kindertagesstätten sein.

Begründung:

Seit der Schließung der Cappeler Unterkunft sind diverse Spielgeräte auf dem Gelände ungenutzt und unzugänglich. Dies ist umso betrüblicher, da es sich dabei um recht neue Spielgeräte handelt, die nun verwittern.

Ferner ist unbekannt, ob das Land Hessen für eine konstante Wartung und Instandhaltung der Spielgeräte sorgt. Es wäre schlicht schade um die schönen Spielgeräte, die der Steuerzahler bereits bezahlt hat, daher wäre eine Weiterverwendung wünschenswert. Die Antragsteller sind sich sicher, dass sich viele Kinder über die Spielgeräte freuen würden.

Christoph Ditschler
Lisa Freitag

Hanke Bokelmann
Dr. Hermann Uchtmann